

Bürgerinitiative St.-Getreu-Straße Bamberg

Kandidaten-Check

zu aktuellen Problemen der Baumaßnahme St.-Getreu-Straße

Zur Situation

Die Bürgerinitiative St.-Getreu-Straße setzt sich seit über einem Jahr dafür ein, die Finanzierung der städtischen Baumaßnahme zur Erneuerung der St.-Getreu-Straße nicht auf die Anwohner abzuwälzen. Da der bisherige Stadtrat noch keine Entscheidung hierzu gefällt hat, diese aber im neuen Stadtrat zeitnah ansteht, ist es für die Bürger wichtig zu wissen, wie sich die einzelnen Parteien dazu positionieren bzw. wie die neuen Stadträte entscheiden wollen. Daher befragt die Bürgerinitiative alle zur Wahl stehenden Kandidaten und Parteien zu ihren Haltungen bezüglich dieser Fragen. Die Antworten können das Wahlverhalten mit beeinflussen. Sie werden als Orientierungshilfe für die Bürger veröffentlicht.

1. Die St.-Getreu-Straße war bis vor einiger Zeit eine über Jahrzehnte gewachsene und ausgebaute Straße zur Anbindung der Anwohner. Sie ist voll erschlossen mit allen Leitungen und Anschlüssen. Dafür wurden auch schon von Anwohnern Beiträge geleistet. In den letzten Jahren wurde die Straße zunehmend zur wichtigen Infrastruktureinrichtung der Stadt Bamberg. So nahm sie zusätzlich zum Anwohnerverkehr die Versorgungslastwagen des Klinikums und der Altenheime, die Anbindung der Musikschule und der Fachakademie, sowie den ÖPNV auf. Dies belastete die dafür nicht ausgelegte Straße und beschädigte sie und das Umfeld zunehmend. Dazu kommt, dass die Straße durch die Baumaßnahme den Anschluss der Wasserversorgung der Stadt Bamberg durch den neu zu bauenden Hochbehälter am Rothof aufnehmen wird, ebenfalls eine wichtige kommunale Einrichtung für die ganze Stadt.

Problem:

Für die Anwohner ist nicht nachvollziehbar, dass sie für diese städtische Infrastrukturmaßnahme mit 90% der Kosten zur Kasse gebeten werden sollen. Nach Auskunft der Stadtverwaltung belasten die eingeplanten Beiträge 23 Häuser/Grundstücke mit vorläufig insgesamt 1,8 Millionen Euro. Die Offenlegung des Ausschreibungsergebnisses steht immer noch aus, so dass dieser Betrag nur eine erste Angabe der Stadtverwaltung zur Höhe der Gebühren ist.

Frage 1: Wie stehen Sie zu dieser Belastung der Anwohner für ein Infrastrukturprojekt der Stadt Bamberg?

2. Vor über einem Jahr wurden die Stadträte von der Verwaltung in einer Stadtratssitzung aufgefordert, der Planung zuzustimmen. Damals wurde in der Sitzung behauptet, dass die Stadträte der Planung zustimmen müssten, da sie sonst durch die Aufsichtsbehörden persönlich in Haftung genommen werden könnten. Die Gesetzeslage rechtfertigte zur Zeit noch keine Änderung der Satzung. Dies stand schon damals im Gegensatz zu klaren Aussagen von Innenminister Herrmann und Wirtschaftsminister Aiwanger, dass die Kommunen die Altfälle nicht auf die Bürger umlegen müssten und sollten. Die damals schon zugesagte Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes zur rechtlichen Absicherung der Kommunen wurde mittlerweile umgesetzt. Kommunen wie Dachau haben daher schon 2019 entsprechende Beschlüsse gefasst, um die Bürger nicht ungerecht zu belasten.

Problem:

Die Kommunen dürfen zwar rechtlich noch Gebühren erheben. Wenn sie es tun, dann aber aus eigenem Willen, nicht aus Zwang oder rechtlichen Vorgaben und gegen die klaren Empfehlungen der Bayerischen Staatsregierung.

Frage 2: Welchen Stadtratsbeschluss werden Sie als zukünftiger Stadtrat bezüglich der Umlegung der Gebühren umsetzen?

3. Um noch rechtzeitig vor dem Stichtag 31.3.2021 die Baumaßnahme abrechnen zu können (danach ist eine Abrechnung laut Gesetz nicht mehr möglich), hat die Stadt Bamberg eine Priorisierung unter acht möglichen Straßen vorgenommen. Als einzige Straße wird die St.-Getreu-Straße als teuerste Maßnahme in Angriff genommen. Alle anderen Straßen, bei denen dies genauso möglich wäre, werden erst später gebaut.

Problem:

Dies bedeutet für die betroffenen Anwohner eine massive Ungerechtigkeit, da alle Anwohner der sieben weiteren Straßen die gleichen Leistungen erhalten, ohne durch Gebühren belastet zu werden.

Frage 3: Wie stehen Sie zu der Möglichkeit, dass die Anwohner der St.-Getreu-Straße als einzige zur Kasse gebeten werden?

4. Der Ausbau der St.-Getreu-Straße wurde Mitte der 90er-Jahre schon in einem ersten Abschnitt vom Michelsberg bis zur Villa Remeis durchgeführt. Damals wurde die Straße verbreitert, begrenzt, die Wasserabführung unterirdisch verrohrt und ein neuer, tragfähiger Straßenbelag aufgebracht. Der untere Teil der Straße hat damit den Zustand, der nun im oberen Teil verwirklicht werden soll.

Problem:

Die damalige Baumaßnahme wurde nicht über Gebühren auf die Anwohner umgelegt. Die Anwohner fragen sich, wie es möglich ist, dass zwei Bereiche einer Straße so unterschiedlich auf die Bürger umgelegt werden sollen.

Frage 4: Wie stehen Sie zu dieser ungleichen Behandlung der Bürger?

5. An einigen Stellen der bisherigen Baustelle entstanden während der Bauzeit des bis zu vier Meter tiefen Kanalgrabens Schäden. Es ist zu befürchten, dass weitere Schäden beim nun folgenden Straßenaufbau entstehen können. Um dies beurteilen zu können ist es wichtig, die endgültige Werkplanung zu kennen. Die älteren Grundplanungen wurden veröffentlicht und den betroffenen Anwohnern zur Verfügung gestellt. Die tatsächlichen Werkpläne bisher nicht, obwohl die Stadtverwaltung größtmögliche Offenheit in der Planung und Ausführung zugesagt hat.

Problem:

Die betroffenen Anwohner können die Gefahren durch die Baumaßnahmen nicht klären.

Frage 5: Wie kann dafür gesorgt werden, dass die Baumaßnahme für die Bürger transparent und überprüfbar gemacht wird?

Weitere Fragen sind noch offen, würden aber den Rahmen einer solchen Umfrage sprengen.

Wir fordern hiermit die Kandidaten und Parteien auf, Ihre Sicht der Dinge zu beschreiben. Durch eine Veröffentlichung können die Bamberger BürgerInnen sich ein eigenes Bild machen und dies in ihren Wahlentscheidungen berücksichtigen. Aus der Sicht der Bürgerinitiative geht es dabei nicht nur um die hier zur Beantwortung stehenden konkreten Fragen, sondern auch um Grundhaltungen von Stadtrat und Verwaltung im Umgang mit den Bürgern der Stadt Bamberg.

Für Informationen, Argumentationen und Kontakte steht die Bürgerinitiative jederzeit gerne zur Verfügung. Informationen finden sich auf der Facebookseite der Bürgerinitiative unter „BI St.-Getreu-Strasse“ oder den Link fb.me/sanktgetreustrasse .

Antworten erbitten wir bis zum 5.3.2020 unter bernhard.schmidt@protonmail.com

V.i.s.d.P.: Bürgerinitiative St.-Getreu-Straße, c/o Vorstand Bernhard Schmidt, St.-Getreu-Straße 36, 96049 Bamberg